Kein Einsatz ohne Mandat

Die Bundeswehr bleibt Parlamentsarmee – zumindest meistens

Von Steffen Hebestreit

Einsätze der Bundeswehr im Ausland bedürfen weiter der Zustimmung des Bundestages. Bei den Koalitionsgesprächen einigten sich die Unterhändler von CDU, CSU und SPD am Dienstag allerdings darauf, eine Kommission mit der Frage zu beschäftigen, wie der Parlamentsvorbehalt in Zeiten aussehen muss, in denen immer mehr deutsche Soldaten in integrierten internationalen Strukturen auf Nato- oder EU-Ebene Dienst leisten.

CDU-Außenpolitiker Andreas Schockenhoff hatte angeregt, für diese Soldaten eine Art Vorratsbeschluss des Bundestages zu treffen. So wäre mit der Entsendung in einen Nato-Stab automatisch ein Mandat des Parlaments verbunden. Die SPD hält das für unnötig, weil bereits heute einzelne Soldaten, die in Hauptquartieren oder Stäben der Verbündeten Dienst tun, nicht extra mandatiert werden müssen.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte stets betont, dass jeder Kampfeinsatz durch den Bundestag abgesegnet werden müsse. In absehbarer Zeit stelle sich aber die Frage, wie eine Zustimmung zu leisten sein könnte, wenn die Bundeswehr im Zuge der militärischen Kooperation in Europa beispielsweise den Lufttransport für einen Verbündeten übernimmt oder dessen Flugzeuge in der Luft betankt. Leite sich juristisch aus einer solchen Unterstützung bereits eine Teilnahme an einem bewaffneten Konflikt ab – und stehe er deshalb unter dem Vorbehalt, dass der Bundestag sein Plazet gibt? Und was würde ein solcher Vorbehalt dann für die Zukunft einer engeren logistischen Kooperation von Streitkräften bedeuten? Schließlich könnten Partnernationen dann nicht uneingeschränkt auf deutsche Hilfe zählen. Diese Fragen sollen „binnen Jahresfrist" geprüft werden, wie es in dem Papier heißt, das der Frankfurter Rundschau vorliegt.

Drei heikle Fragen noch

Die Koalitions-Arbeitsgruppe, die unter Leitung von de Maizière und dem SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier wohl am Montag das letzte Mal tagen wird, vereinbarte außerdem, die Neuausrichtung der Bundeswehr eingehend zu evaluieren. Während der Verteidigungsminister die Formulierung so versteht, dass seine Reform inklusive Standortentscheidungen damit bestätigt werde, geht die SPD davon aus, dass die Schließung einzelner Einrichtungen noch einmal überprüft und womöglich rückgängig gemacht wird.

Die Soll-Stärke der Bundeswehr wird in dem Papier mit 185 000 angegeben, für die Zivilbeschäftigten wird hingegen keine Zahl genannt – die Union geht von 55 000 Posten aus, die SPD schätzt 62 500.

Die Großkoalitionäre vereinbarten überdies auf Druck der SPD, eine Regelung zu finden, die die Besonderheiten des Soldatenberufs mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser in Einklang bringt. Zeitsoldaten sollen künftig eine bessere Regelung für die Mitnahme ihrer Rentenansprüche erhalten.

Drei heikle Fragen diskutiert man jetzt noch. Insbesondere in der SPD ist die Position der großen Koalition zum weiteren Umgang mit Drohnen umstritten und ob die Bundeswehr absehbar auch bewaffnete Drohnen anschaffen soll. In der Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei sperrt sich bislang die CSU gegen eine Einigung, die Ankara zumindest eine Beitrittsperspektive zugestanden hätte. Und noch nicht formuliert ist die Passage zum transatlantischen Verhältnis. Hier wollen die Koalitionäre die weiteren Entwicklungen der NSA-Affäre abwarten.

Insgesamt aber, so heißt es übereinstimmend von CDU, CSU und SPD, sei die Atmosphäre in der Arbeitsgruppe nüchtern, aber konstruktiv gewesen.